

Shireen Hassim

Stimmen, Hierarchien und Räume: Rekonfiguration der Frauenbewegung im demokratischen Südafrika¹

Die Frauenbewegung in Südafrika gilt vielen feministischen Beobachterinnen gemeinhin als Erfolg aufgrund der verfassungsmäßigen Garantien zu Geschlechtergleichheit, der langen Liste progressiver Gesetze und politischer Maßnahmen, die sich mit verschiedensten Formen von Geschlechterungleichheit auseinandersetzen, und der großen Anzahl von Frauen, die in politische Positionen gewählt wurden. Die folgende Analyse versucht zu verstehen, welche Strategien Frauenorganisationen verfolgt haben, um Macht gegenüber dem Staat und anderen sozialen Bewegungen zu verhandeln, wie diese Strategien durch den demokratischen Kontext geprägt wurden und welchen Beitrag der Aktivismus von Frauen tatsächlich zur Gleichstellung geleistet hat.

Ein Ausgangsargument dieses Artikels ist, dass sich die südafrikanische Frauenbewegung aus heterogenen Organisationen zusammensetzt und nicht nur aus der Perspektive einer einzelnen Organisation betrachtet werden kann. Im Folgenden wird untersucht, inwieweit diese heterogene Bewegung in der Lage ist, die Fortschritte, die in der Übergangsperiode zu Beginn der 1990er Jahre erzielt wurden, dauerhaft zu sichern. Die Einschätzung der Frauenbewegung bezieht sich auf die folgende Definition von Stärke sozialer Bewegungen: Eine starke Bewegung ist in der Lage, die besonderen Interessen ihrer Basis zu artikulieren, diese zur Verteidigung ihrer Interessen zu mobilisieren und unabhängige Strategien zu entwickeln, um ihre Ziele zu erreichen, während sie gleichzeitig offen bleibt für Allianzen mit anderen progressiven Bewegungen. Die Definition unterstellt, dass eine starke Bewegung über ein gewisses Maß an politischer Autonomie verfügt, um sich innerhalb von Allianzen zu behaupten. Zusätzlich zu diesen organisatorischen Fähigkeiten sind die ideologischen Einflüsse des Feminismus zentral für den Aufbau robuster Frauenbewegungen.

Schaut man sich die südafrikanische Frauenbewegung über einen längeren Zeitraum hin an, so erscheint sie gemessen an dieser Definition von Bewegungstärke als relativ schwach, abgesehen eben von der kurzen Zeitspanne zu Beginn der 1990er Jahre.

Ich beginne mit einer kurzen Darstellung der theoretischen und strategischen Debatten über die Definition des Begriffs 'Frauenbewegung' im südafrikanischen Kontext. Anschließend beschreibe ich das gegenwärtige Terrain der Frauenbewegung, wobei verschiedene Organisationsformen und Strategien klassifiziert werden. Abschließend werden die Beziehungen zwischen sozialen Bewegungen, dem demokratischen Staat und der Frauenbewegung behandelt, wobei insbesondere der Einfluss der Institutionalisierung von Gender auf die Frauenbewegung untersucht wird.

Frauenorganisationen, Frauenbewegungen und Nationalismus

Versuche, 'Frauenbewegung' zu definieren, sind schwierig, weil es sich dabei nicht um eine Bewegung handelt, deren Subjekte, Interessen und ideologische Formen sich von selbst verstehen. Erstens – das zeigt sich vermutlich am deutlichsten – organisieren sich Frauen nicht, einfach weil sie Frauen sind. Ihre Aktionen stehen im Deutungsrahmen einer Reihe von Identitäten, als Arbeiterin, Studentin, Afrikanerin, Weiße usw. Mit anderen Worten, es gibt nicht ein und dasselbe Mobilisierungssubjekt. Tatsächlich haben mehrere Theoretikerinnen darauf hingewiesen, dass Versuche, die Geschlechter-Identität zu disaggregieren, nahezu fruchtlos sind, weil sich die kulturellen Bedeutungen von 'Frau' in Beziehung zu den zahlreichen anderen Kennzeichen von Identität und in unterschiedlichen Kontexten verändern. Zweitens gibt es eine Auseinandersetzung darüber, wie sich allgemeine 'Fraueninteressen' angesichts der Interaktionen zwischen Rasse, Klasse und anderen objektiven und subjektiven Interessen bestimmen lassen. Gender ist gleichzeitig überall und nirgends, weil Geschlechterunterschiede einerseits in praktisch alle menschlichen Beziehungen und ebenso in die sozialen, politischen und ökonomischen Ordnungsstrukturen aller Gesellschaften eingeschrieben sind, es andererseits aber schwierig ist, Gender als unabhängige Variable festzuhalten. Und schließlich nehmen Frauenbewegungen in verschiedenen Kontexten unterschiedliche Formen an, operieren einmal als formalisierte Struktur, ein anderes mal als loses Netzwerk. Diese Vielfalt organisatorischer Formen geht einher mit einer breiten Palette von Taktiken, von der Anpassung über die Konfrontation bis hin zu gewaltförmigen Auseinandersetzungen.

Obwohl einige Frauenbewegungen und Formen von Feminismus die Beseitigung des Patriarchats im Sinne männlicher Dominanz als gemeinsames Interesse identifiziert haben, ist der Begriff des Patriarchats in vielen postkolonialen Gesellschaften wenig hilfreich. Er kann die je spezifische Intersektionalität von Klasse, Rasse und kolonialen Formen der Dominanz und der Unterdrückung von Frauen nicht erfassen. Postkoloniale Feministinnen kritisieren die Fokussierung auf das Patriarchat und auf die Übereinstimmung von Fraueninteressen. Sie se-

hen dies als ethnozentrische und Mittelklasse-Sicht, die das westliche Modell von politischen Frauenkämpfen als Standard setzt, an dem alle anderen politischen Strategien von Frauen gemessen werden (Mohanty 1991, Basu 1995). Mohanty und andere postkoloniale Wissenschaftlerinnen argumentieren, dass Feminismus und der ideologische Gehalt von feministischem Bewusstsein nicht a priori entsprechend abstrakten Definitionen einer universalistischen Theorie spezifiziert, sondern im Kontext der je spezifischen sozialen Formationen definiert werden und Resonanzen in der historischen Erfahrung und der politischen Kultur der jeweiligen Gesellschaft haben sollten.

Entsprechend sind Frauenbewegungen nur in ihren besonderen historischen und politischen Kontexten zu verstehen. Sie sind nicht homogen in Bezug auf einzigartige und kohärente Forderungskataloge. Vielmehr tendieren sie aufgrund ihrer Vielfältigkeit dazu, verschiedene organisatorische Formen, Ideologien und manchmal sogar sich widersprechende Forderungen einzuschließen. Manche AktivistInnen ziehen es daher auch vor, von der Existenz vieler Frauenbewegungen in Südafrika zu sprechen, die unterschiedliche Tendenzen reflektieren (Fester 1997). Dennoch ist es trotz dieser Vielfalt möglich, Organisationen zu benennen und locker miteinander in Verbindung zu bringen, die Frauen kollektiv aufgrund ihrer Geschlechteridentität als eine Frauenbewegung organisieren. Ähnlich wie andere soziale Bewegungen erleben Frauenbewegungen in bestimmten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krisen Höhen und Tiefen. Die Frage ist, warum und wann Frauenorganisationen koordiniert agieren – das heißt, den Punkt zu bestimmen, wann sich unterschiedliche Gruppen innerhalb der Bewegung in einer Weise vernetzen, dass sie als *Bewegung handeln*, unterschieden von anderen politischen Kräften.

In Südafrika müssen diese Definitionsfragen vor dem Hintergrund von Nationalismus als dem dominanten Diskursrahmen für politische Mobilisierung gesehen werden. Frauenpolitische Aktionen waren zunächst in den Rahmen und die Organisation von Nationalismus eingebettet. Eine unmittelbare analytische Konsequenz daraus war die Schwierigkeit, eine Frauenbewegung als eine separate organisatorische Kraft zu identifizieren und zu analysieren. Gender kann nicht nur nicht von Rasse und Klasse getrennt werden, sondern „die Befreiung aller Schwarzen ist ein feministisches Anliegen“ (Kemp u.a. 1995:132). Aktivismus von Frauen, feministischer wie nicht-feministischer, ist tief im Nationalismus verwurzelt. Trotzdem sind zwei analytische Ansätze zu unterscheiden, nämlich einer, der die politische Aktivitäten von Frauen als ununterscheidbar von nationalistischen betrachtet, und einer, der versucht, Frauenaktivitäten als eigenständig und relativ autonom zu definieren, wenn auch nur konzeptionell.

Nationalismus ist in vieler Hinsicht ein zweischneidiges Schwert für Frauen, weil er ihnen einerseits den Zugang zum öffentlichen Bereich ermöglicht, ande-

rerseits aber auf einem ausgeprägten vergeschlechtlichten Modell der Polis, von politischer Gesellschaft basiert (Anthias & Yuval-Davis 1989). Innerhalb des nationalistischen Rahmens kann der Einbezug von Frauen nicht abgelöst werden von der Vorstellung geschlechtsspezifischer politischer Rollen.

Afrikanischer Nationalismus postuliert eine Allianz von Interessen, die auf der Opposition gegen Rassismus basiert, und erlaubt Frauen, ihre Interessen als Mitglieder einer Nation zu artikulieren. Ihre Teilnahme an nationalistischen Bewegungen ermöglicht einen Entwicklungsprozess, in dem inkludierendere, egalitäre Demokratievorstellungen in die normativen und politischen Strukturen der Organisation einfließen. Dies wurde begleitet durch Veränderungen im organisatorischen Status von Frauen, verdeutlicht durch den Aufstieg von Frauen im African National Congress (ANC) von zunächst Unterstützerinnen zu Vollmitgliedern, und durch die Schaffung einer Haltung, welche darauf beharrt, dass Demokratie Geschlechtergleichheit als Wert einzuschließen hat. Doch diese fortschreitende Inklusion widersprach gleichzeitig den Bedingungen der Inklusion, die zum einen die Mutterrolle – versinnbildlicht in der Vorstellung von der ‘Mutter der Nation’ – als die Grundlage für Partizipation betonten und zum anderen die Dominanz der Männer im ANC als Partei unangetastet ließen, trotz der signifikanten Zahl von Frauen in der ANC-Regierung. Während der Nationalismus also die Frauen als politische Akteurinnen mit kollektiven Aufgaben mobilisierte, wurden sie vielfach daran gehindert, dies dafür zu nutzen, das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern zu hinterfragen.

In welchem Maß feministische Aktivistinnen in der Lage waren, feministisches Bewusstsein zu entwickeln und zu nutzen, hing von der Bereitschaft nationalistischer und anderer sozialer Bewegungen ab, die Entfaltung feministischer Ansätze zuzulassen. Diese eigenständige Entwicklung könnte als organisatorische und diskursive Autonomie der Feministinnen bezeichnet werden. Während in westlichen Frauenbewegungen Autonomie einen hohen Wert hat – und oft gar als Konstituens von Frauenbewegung betrachtet wurde –, hat sie in postkolonialen Ländern einen geringeren Stellenwert. Weil frauenpolitische Aktivitäten in postkolonialen Kontexten durch Kämpfe gegen koloniale und Klassenunterdrückung ermöglicht wurden, ist Bündnispolitik stärker entwickelt als eine autonome Frauenpolitik.

Inklusion und Transformation:

Eine Klassifizierung der südafrikanischen Frauenbewegung

In diesem Beitrag unterscheide ich einen ‘transformatorischen’ von einem ‘inklusionistischen’ feministischen Ansatz, um eine Reihe von Kriterien zu entwickeln, mit denen die südafrikanische Frauenbewegung beurteilt werden kann. Bei der Definition des transformatorischen Ansatz stütze ich mich auf die konzeptionelle Unter-

scheidung durch Maxine Molyneux zwischen „strategischen Gender-Interessen“ und „praktischen Gender-Bedürfnissen“. Molyneux definiert praktische Geschlechterbedürfnisse als jene, die aus den Alltagsverantwortlichkeiten von Frauen aufgrund der geschlechtlichen Arbeitsteilung entstehen, während strategische Gender-Interessen jene Interessen meinen, die Frauen an der Überwindung von geschlechtsspezifischen Machtungleichheiten gemeinsam haben (Molyneux 1985). Während Molyneux (1998) einräumt, dass diese Unterscheidung in der Praxis kaum trennscharf zu machen ist, erkennt ihr Konzept von Frauenbewegungen die Vielfalt von Fraueninteressen an und erlaubt Feministinnen gleichzeitig, Strategien zu verfolgen, die möglicherweise zu einem radikalen Wandel führen. Im Ansatz von Molyneux besteht die Aufgabe des Feminismus darin, die besonderen Formen zu untersuchen, in denen Macht innerhalb und zwischen den politischen, sozialen und ökonomischen Bereichen einer Gesellschaft funktioniert – was im Endeffekt ein politisches Projekt der Transformation darstellt.

Der inklusitorische Ansatz definiert Fraueninteressen enger und fokussiert lediglich auf die Beziehung von Frauen zu formalen politischen Institutionen. Nach dieser Auffassung bezieht sich das stärkste generelle Interesse von Frauen jenseits vieler Unterschiede zwischen ihnen auf ihren Ausschluss aus oder aber ihre Marginalisierung innerhalb der politischen Arena (Phillips 1995; Baldez 2002). Unabhängig von Rasse, Klasse, Ethnizität und anderen Kennzeichen von Differenz werden Frauen fortdauernd definiert als politische Ausgeschlossene oder als Bürger zweiter Klasse. Folglich liegt der Fokus auf dem Zugang zu den Arenen öffentlicher Macht und weniger darauf, die politischen Wirkungen eines solchen Engagements zu diskutieren. Die Aufgabe des Feminismus ist diesem engeren Ansatz zufolge die Überwindung von Exklusion. Die politischen Projekte, die damit verbunden sind, sind z.B. das Frauenwahlrecht, Kämpfe um die Vertretung von Frauen in nationalen Parlamenten, die Bedeutung des Wahlsystems, von Quoten und anderen Mechanismen, um systemische Blockaden aufzubrechen. Teilhabe- oder Gleichheitsfeminismus kann daher als ein Ansatz gesehen werden, der einige der notwendigen Voraussetzungen für die Beseitigung von Geschlechterungleichheit schaffen will, aber zurückhaltend gegenüber den strukturellen Ursachen von Ungleichheit ist. Diese Zurückhaltung resultiert zum Teil aus dem strategischen Gebot, eine Minimalvoraussetzung für die Einheit unter Frauen zu erhalten, und zum Teil aus den ideologischen Implikationen des Liberalismus, für den Familie und Markt außerhalb des staatlichen Einflussbereichs liegen.

Ähnlich wie die Unterscheidung zwischen praktischen Bedürfnissen von Frauen und strategischen Gender-Interessen schließen sich der transformatorische und der inklusitorische Ansatz nicht gegenseitig aus. Vielmehr müssen sie gesehen werden als Teil eines Kontinuums von Frauenkämpfen um die vollständige Staatsbürgerschaft. Sie können linear und chronologisch aufeinanderfolgen, sodass sich

das Schwergewicht von inklusitorischen zu transformativen Forderungen verschiebt, oder beide parallel in einer einzigen Bewegung präsent sein, wobei einige Kräfte Allianzen mit politischen Eliten anstreben mit dem Ziel der Integration, während andere sich für einen radikaleren Zielkatalog einsetzen. In Südafrika wurden beide Ansätze genutzt, um Forderungen nach Geschlechtergleichheit voranzubringen, manchmal mit durchschlagenden Synergie-Effekten.

Trotz einer möglichen friedlichen Koexistenz dieser Ansätze innerhalb von Frauenbewegungen stehen sie in vieler Hinsicht in einem Spannungsverhältnis zueinander. Es ist wichtig festzuhalten, dass jeder Ansatz langfristig darauf wirkt, welche *Arten* politischer Allianzen eingegangen werden, was wiederum Auswirkungen auf die Beziehungen innerhalb der Frauenbewegung hat. Im Fall des inklusitorischen Ansatzes müssen Frauenbewegungen Zugang zu politischer Macht erreichen, um das Interesse an Repräsentation sichtbar zu verwirklichen. Das können sie zwar durch wirksame Mobilisierung erzielen, brauchen aber auch Beziehungen zu den Mächtigen in den politischen Parteien. Inklusitorische Politik birgt so die Tendenz in sich, zunehmend von einer Elite getragen zu werden. Transformativer Feminismus dagegen wird eher Allianzen mit anderen sozialen Bewegungen eingehen, die auf strukturelle Transformation abzielen, wie etwa soziale Bewegungen der Armen. Da diese Form von Politik eher kritisch an Parteilichkeit und staatliche Politik herangeht, kann sie zu Konflikten mit elite- und parteiorientierten Mitgliedern und einer Marginalisierung dieser Akteure gegenüber dem Staat und politischen Parteien führen.

Der inklusitorische Ansatz in Südafrika hat seine unmittelbaren Wurzeln in dem strategischen Ansatz, den die *Women's National Coalition* (WNC) in den frühen 1990er Jahren wählte. Eine dauerhafte Konsequenz der Transitionsperiode war die wachsende Bedeutung, die Frauenorganisationen dem Thema Inklusion beimaßen, und eine langsame Verdrängung einer Politik der Transformation. In der *Women's National Coalition* wurden beide Strategien als komplementär, ja als wechselseitig von einander abhängig verknüpft. Das drückte sich besonders klar in der *Women's Charter for Effective Equality* aus, die von der WNC im Februar 1994 angenommen wurde und sowohl einen besseren Zugang zu Entscheidungsinstanzen forderte als auch eine strukturelle Transformation. Die Inklusionsstrategie hatte breite Unterstützung unter den Aktivistinnen, weil sie als ein Mittel gesehen wurde, die Lebensbedingungen von Frauen zu verändern. Die Forderung nach Quoten wurde unterstützt, weil sie als ein Instrument galten, den Zugang von Frauen zu Entscheidungen zu erleichtern und einen politischen Raum zu schaffen, um ein transformatorisches Ideal von Staatsbürgerschaft zu artikulieren. Repräsentation wurde nicht als Ziel an sich betrachtet, sondern als Teil einer breiteren Agenda zur Umverteilung von sozialer und wirtschaftlicher Macht.

Aus diesen Gründen beteiligte sich die Frauenbewegung auch an der Gestaltung der „nationalen Maschinerie“ für Gleichstellung, einer Reihe von Institutionen innerhalb und im Umfeld des Staats, die Mechanismen schaffen sollten, um die politischen Interessen von Frauen zu artikulieren und Druck auf den Staat auszuüben, seine allgemeinen Bekenntnisse zu Geschlechtergleichheit umzusetzen. Die südafrikanische Frauenbewegung ist damit ein Beispiel für die stärkste und progressivste Version des inklusitorischen Feminismus. Doch der neue Fokus auf den Staat hatte widersprüchliche Ergebnisse. Auf der einen Seite schwächte der Verlust von Führung und strategischer Vision die Strukturen der Frauenbewegung. Auf der anderen Seite schuf die Integration in den Staat zweifelsohne Spielraum für den Einbezug von Gender-Perspektiven in wichtige rechtliche Reformen und sozialpolitische Entwicklungen.

Die Landkarte der Frauenbewegung im Post-Apartheid-Südafrika

Eine der bemerkenswertesten Veränderungen in der Landschaft der Frauenbewegungen in der Zeit nach 1994 war die Fragmentierung und Stratifizierung der Frauenorganisationen in der Zivilgesellschaft. Zu Beginn der 1990er Jahre war die *Women's National Coalition* die dominierende Stimme der Frauenbewegung und fungierte als eine Dachorganisation für ein breites Spektrum von Organisationen. Die Koalition hatte mit dem Nationalen Büro ein starkes organisatorisches Zentrum in einem relativ diffusen Netzwerk von Frauenorganisationen auf der lokalen und regionalen Ebene. Die lokalen Netzwerke bauten auf älteren Vernetzungsmustern von weißen liberalen Frauengruppen wie *Black Sash* und *Women for Peace* auf, weiteten sich aber im Zuge der politische Liberalisierung nach und nach aus und schlossen konservativere Frauengruppen und sogar politische Gegner ein.² Diese neuen Netzwerkstrukturen waren fragil und überlebten nicht die Post-Apartheid-Periode, als normale politische Parteiformierungen entstanden. Das politische Zentrum der WNC brach ebenfalls zusammen, als die führenden Köpfe der Frauenorganisationen in Positionen im Staat und in der Bürokratie wechselten. Die neuen Schichtungen, die entstanden, reflektierten ein Auseinanderfallen der Bewegung in eine Vielfalt unterschiedlicher Arenen, von denen einige (z.B. die eng mit der offiziellen Politik verknüpften) durch die Haltung des Staates gegenüber der Zivilgesellschaft gestärkt wurden, während andere sich auf vertrautere Organisationsformen auf *Community*-Ebene zurückorientierten.

Die Post-Apartheid-Frauenbewegung war durch drei unterschiedliche Kreise gekennzeichnet:

- nationale politische *Advocacy*,
- Netzwerke und Koalitionen,
- lokale Basis-Organisationen.

Zwei Aspekte politischer Frauenaktivitäten werden durch diese Charakterisierung nicht abgedeckt, sind aber angesichts meiner Definition von Frauenbewegung als einem breiten Dach, das unterschiedliche Organisationen umfasst und eine Vielfalt von Räumen besetzt, wichtig für die Analyse. Die erste Gruppe von Aktivitäten ist die unübersehbare Beteiligung von Frauen in politischen Parteien in der Zeit nach 1994. Die zweite liegt am anderen Ende des Spektrums – die Beteiligung von Frauen an anderen sozialen Bewegungen, wenn auch eher als Mitglieder denn als Führerinnen und mit gedämpfter Gender-Identität. Darauf komme ich später zurück.

Mehr-Ebenen-Organisierung von Frauen

Ein Blick auf die erste Ebene der Pyramide zeigt deutlich eine Stärkung der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), die als *Advocacy*-Akteure fungieren und in einen staatlichen politischen Prozess eingebunden sind (z.B. das *Gender Advocacy Programme*, *Nisaa Women's Group* und das *Gender Research Project* am *Centre for Applied Legal Studies*). Diese Organisationen haben das Wissen und in relativem Umfang die Mittel, um in rechtliche und politische Debatten und öffentliche Beratungen einzugreifen. Sie sind in der Öffentlichkeit außerordentlich aktiv und haben ihren Platz in dem neuen *Governance*-System gefunden. Ihre vorrangige Rolle besteht darin, die Implementierung und Ausarbeitung eines rechtsstaatlich orientierten demokratischen Rahmens sicherzustellen, was allein schon eine wichtige politische Aufgabe ist angesichts der elaborierten formalen Rechte, die in der Verfassung verankert sind. Auf dieser Ebene können Organisationen effektive Koalitionen mit Verbündeten in der Zivilgesellschaft wie der Schwulen- und Lesben-Bewegung herstellen, um wechselseitig die demokratische Agenda zu stärken und gemeinsame Strategien zu verfolgen.

Diese Gruppen und Netzwerke sind für den Staat und ausländische Geber leicht zu erreichen und spielen eher eine strategische als eine repräsentative Rolle in der Zivilgesellschaft. So ist auf dieser Ebene denn auch eine merkliche Spannung zwischen dem relativ guten Zugang zu Entscheidungsträgern und der relativen Distanz zu Frauen an der Basis, vor allem zu armen und ländlichen Frauen entstanden. Die Schwierigkeit liegt darin, ständig zu überprüfen, ob die anwaltschaftliche Politik für die Basis, der sie helfen will, sinnvoll ist.

Doch es ist nicht einfach, enge Beziehungen zur Basis zu halten und die dort artikulierten Interessen aufzunehmen, wenn Finanzierung und Gender-Expertise unzureichend sind. Die Verbindungen zwischen politischem Aktivismus und Frauenorganisationen sind auf der horizontalen Ebene der Führung oftmals enger als vertikal zur Basis auf der lokalen Ebene. Verschärft wird dieses Problem dadurch, dass es an organisatorischen Fähigkeiten fehlt, um zu gewährleisten, dass Informationen über die *Advocacy*-Ebene an die direkt von einzelnen politi-

schen Maßnahmen betroffene Basis vermittelt werden. Während einige NGOs in anderen Bereichen diese Verbindung zu einer Massenbasis aufgebaut haben (z.B. die Verknüpfung des *Aids Law Project* und der *Treatment Action Campaign*), ist das in der Frauenbewegung nicht gelungen. Dadurch ist die Kluft zwischen dem guten Zugang zu Informationen und dem Bewusstsein über Frauenrechte unter der städtischen Elite einerseits und der Marginalität armer Frauen andererseits gewachsen. Selbst da, wo Erfolge errungen wurden – wie z.B. mit der Verabschiedung des Unterhaltsgesetzes – wissen arme Frauen nicht immer darüber Bescheid, oder Behörden setzen die neuen Regelungen nicht unmittelbar um – wie das *Women's Legal Centre* gezeigt hat.

Frauenorganisationen auf dieser Ebene, die mit dem Staat kooperieren, wenden eine Reihe von Taktiken an, die nicht auf Massenmobilisierung oder Konfrontation setzen. Vielmehr werden Taktiken, Forderungen und Rhetorik abgemildert und dem staatlichen Diskurs angepasst. Dadurch soll mehr erreicht werden und schwer erkämpfte Zugänge zum Staat sollen erhalten bleiben. Eine Reihe wichtiger rechtlicher und politischer Erfolge wurden mithilfe dieser Strategie errungen. Ein herausragendes Beispiel ist die Legalisierung der Abtreibung trotz tiefsitzender Widerstände in der Zivilgesellschaft und bei den Mitgliedern politischer Parteien. Mit einem sorgfältig begründeten strategischen Ansatz packten die Feministinnen die Forderung in den leichter zu akzeptierenden Deutungsrahmen von Gesundheit, statt offen ein Recht auf körperliche Unversehrtheit zu fordern. Gleichwohl war es lediglich aufgrund der starken Unterstützung durch den ANC und seine Weigerung, seinen Parlamentariern die freie Abstimmung zu erlauben, möglich, 1996 das Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch zu verabschieden. In diesem Fall führte das Bündnis zwischen *Advocacy*-Organisationen von Frauen und einer starken politischen Partei zu einem Sieg, durch den die reproduktiven Frauenrechte in einer Art und Weise verankert wurden, wie es in vielen älteren Demokratien nach wie vor politisch nicht möglich ist.

Die Allianz zwischen politischen Parteien und *Advocacy*-Gruppen ist eine Form von nach oben orientierter politischer Verbindung. Genauso wichtig sind Verbindungen nach unten zwischen *Advocacy*-Gruppen und anderen Verbündeten unter sozialen Bewegungen. Es gibt relativ wenige Fälle, wo *Advocacy* und Massenmobilisierung auf ein gemeinsames Ziel hin wirksam kombiniert wurden. Eins der wenigen Beispiele im vergangenen Jahrzehnt für gemeinsame Aktionen von Frauen zur Verteidigung ihrer Interessen war die Mobilisierung armer Frauen der *New Women's Movement* gegen die vom *Lund-Komitee* empfohlene Reform der staatlichen Unterhaltszahlungen. Ihre Verbündeten waren erfahrene *Advocacy*-Aktivistinnen in *Black Sash*. Interessanterweise kam Opposition dagegen von der *ANC Women's League* in der Provinz Western Cape, die argumentierte, dass Organisationen wie die *New Women's Movement* und *Black Sash* die Interessen

von relativ privilegierten farbigen Frauen vertreten würden. Die *ANC Women's League* unterstützte die ANC-Sozialministerin Geraldine Fraser Moleketi, in deren Amtszeit die Kürzungen der Zuschüsse vorgeschlagen wurden. Das oppositionelle Bündnis von Frauenorganisationen war erfolgreich. Es setzte durch, dass die Zuschüsse für die Unterstützung von Kindern recht schnell angehoben wurden, obwohl sie immer noch nicht annähernd hoch genug sind, um einen armutsmindernden Effekt zu haben. Dieses Beispiel zeigt, dass Druck von unten die *Advocacy*-Arbeit stärken und als kritischer Hebel fungieren kann, um die Prioritäten des Staates zu verändern (Hassim 2003).

Doch die Notwendigkeit, sich Verbündete in politischen Parteien und im Staat – die Verbindung nach oben – zu erhalten, kann gegen die Aufrechterhaltung von Verbindungen nach unten in der Frauenbewegung wirken. Zu den politischen Kosten einer vorrangigen Zusammenarbeit mit Parteien und dem Staat gehört die Entstehung von Friktionen zwischen *Advocacy*-Gruppen und armen Frauen an der Basis. Diese versuchen ihre Rechtsansprüche auf Zugang zu Basisversorgung mit Wasser oder Strom durch direkte Aktionen durchzusetzen, die soziale Bewegungen möglicherweise in Konflikte mit dem Staat bringen, was zu neuen Bruchlinien im politischen Bereich führt. Einzelne Formen direkter Aktion wie informelle Stromanschlüsse werden von der ANC-Regierung als kriminelles Handeln betrachtet. In diesen Fällen kann die Wahrung der Glaubwürdigkeit gegenüber staatlichen Akteuren den elitären Ansatz dieser Politik verstärken, weil der Zugang zu Entscheidungen mithilfe von Verbündeten in Parteien und Bürokratie wichtiger wird als der Druck der Basis. Die gemäßigten feministischen Diskurse, die diesen Raum charakterisieren und die einen Zugang zu politischen Entscheidungsträgern ermöglichen, können damit nach und nach das Spektrum politischer Strategien (und möglicherweise bürgerschaftlicher Ansprüche) der Frauenbewegung, die als legitim betrachtet werden, einschränken.

Auf der nächsten Ebene ist eine Anzahl neuer, themenorientierter Netzwerke entstanden, die gemeinsame Anliegen haben (wie das *Network Against Violence Against Women* und die *Reproductive Rights Alliance*). Diese Netzwerke schlagen eine Brücke zwischen der *Advocacy*- und Politik-Rolle der ersten Kategorie, haben aber eher eine klar identifizierbare Basis. Wie die *Advocacy*-Organisationen sind diese Netzwerke vielfach städtisch und konzentrieren sich auf Kapstadt und Johannesburg. Sie werden überwiegend durch ausländische Geber finanziert, haben häufig aber auch Unterstützung durch lokale Unternehmen für spezifische Kampagnen, besonders beim Thema Gewalt gegen Frauen, wie z.B. die *white-ribbon*-Kampagne. Bemerkenswert an diesen Netzwerken ist, dass sie Themen bearbeiten, die in den 1980er Jahren als 'feministisch' und problematisch betrachtet wurden – also sexuelle und reproduktive Autonomie von Frauen. Das mag eine Folge der Verschiebung des Diskurses von Nationalismus zu *Citizenship*

sein, wie er sich in der Verfassung niederschlägt. Deshalb sehen Frauenorganisationen mehr strukturelle Chancen, diese Themen auf die Tagesordnung nationaler Politik zu setzen. Trotz ihrer Schwächen hat die neue Demokratie die Möglichkeiten für Frauenorganisationen erweitert, Themen aufzugreifen, die außerhalb der herkömmlichen Definition politischer Aktion liegen, und den Staat aufzufordern, dort Probleme in Angriff zu nehmen, wo er bislang nur zögernd intervenierte wie bei der Kontrolle männlicher Gewalt im privaten Bereich.

Für diese Netzwerke besteht eine Herausforderung darin, Organisationen im Bündnis zu halten, die um Ressourcen konkurrieren und in denselben Bereichen operieren. Sie sind am wirkungsvollsten, wenn sie mit einer Stimme sprechen, etwa zum Thema geschlechtsspezifischer Gewalt, und können politische Alternativen artikulieren und vorantreiben, sind aber ein Organisationstyp, der am schwersten am Leben zu halten ist. Oft fehlt es an Geld, um das Netzwerk-Büro zu unterhalten, oder falls es genug Mittel gibt, erwarten die Mitgliedsorganisationen, dass mehr Gelder für die Arbeit an der Basis bereitgestellt werden. Koalitionen sind naturgemäß fragil und müssen ständig die Bedingungen für die Beziehungen zwischen den Mitgliedern neu verhandeln. Koalitionen sind besonders anfällig, wenn die Mittel knapp sind oder einzelne Organisationen um die Wortführerschaft streiten. Dieses Problem wird dadurch verstärkt, dass die erfahrensten Aktivistinnen und Organisationen weiß sind und schwarze Aktivistinnen sich relativ etablierten Finanzierungs- und *Advocacy*-Netzwerken gegenübersehen. Erhebliche rassistische Spannungen in diesem Bereich sind die Folge. Es ist daher nicht überraschend, dass diese Netzwerke die instabilste Organisationsform in der Frauenbewegung sind.

Weniger sichtbar, aber zahlenmäßig am größten sind die Frauenorganisationen auf der lokalen *Community*-Ebene. Hier gab es immer schon Frauenorganisationen, aber sie hatten nur lockere Verbindungen zu den nationalen Netzwerken wie auch untereinander. Die frühen 1980er Jahre waren eine Ausnahme hinsichtlich ihrer Einbindung in die nationale Politik. Damals prägten Frauenorganisationen eine feministische politische Vision und wurden rückwirkend durch sie geprägt. Doch Mitte der 1980er Jahre dominierte die *United Democratic Front* (UDF) die strategischen Entscheidungen, und Frauenorganisationen verloren ihre Fähigkeit zu unabhängiger politischer Aktion. Zwanzig Jahre später sieht es so aus, als seien die *Community*-Organisationen wieder weit entfernt von jeglichem kohärenten Projekt. Doch stellen sie die größte Zahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen dar, die weitaus meisten in den Bereichen Kultur und Freizeit, sozialen Diensten, Entwicklung und Wohnen. Diese Bereiche sind gleichzeitig stark geschlechtlich konnotiert. Der Sektor Kultur und Freizeit umfasst auch den Sport, der von Männern dominiert wird. Erziehung und Forschung, soziale Dienste, Entwicklung und Wohnen sind Bereiche, in denen Frauen dominieren. Swilling und Russell

halten fest, dass „dieser sehr häufige Organisationstyp das Leben der einfachen Leute durch Verbände, Entwicklungsorganisationen und Kooperativen unterstützt und verbessert. Offensichtlich werden diese Aktivitäten überwiegend durch Frauen getragen“ (Swilling & Russell 2002: 26).

Diese Ebene von Frauenorganisationen ist am weitesten entfernt vom Staat und sogar von Frauen-NGOs und -Netzwerken, die den Staat adressieren. Größtenteils kümmern sie sich um praktische Bedürfnisse von Frauen, insbesondere angesichts der HIV-Krise. Das reicht von Wohlfahrt und Krankenversorgung, bis zur Organisierung und Finanzierung von Beerdigungen oder der Mobilisierung gegen Vergewaltiger, insbesondere von Kindern. In vieler Hinsicht sind Frauen die Stoßdämpfer für hohe Arbeitslosigkeit und für das Versagen des Staates, ein umfassendes und wirksames System sozialer Sicherheit und Gesundheitsversorgung zu schaffen. Die Betonung des kulturellen Wertes von Sorgearbeit in Regierungsrichtlinien wie dem *White Paper on Social Welfare* verlagert die Last der Versorgung von Kindern, Kranken und Alten auf Frauen – und zunehmend auch auf Kinder – ohne finanzielle Entschädigung und ohne Unterstützung durch den Staat. Doch bieten diese wachsenden Belastungen auch politische Chancen. Wenn Frauen für sterbende AIDS-Kranke sorgen und sie intim betreuen, überschreiten sie oft kulturelle Barrieren von Privatheit und Respekt. So müssen Menschenwürde und Respekt im Alltagshandeln in den Privathaushalten ständig neu verhandelt werden. Diese kulturellen Verhandlungen und Neudefinitionen sozialer Rollen stehen der verbreiteten Unterstellung entgegen, Frauen seien einfach nur Opfer der HIV/AIDS-Krise.

Frauen auf der Basisebene haben noch andere Formen des Handelns entdeckt. Viele beteiligen sich an sozialen Bewegungen, die gegen das Kostendeckungsprinzip für Basisversorgungen kämpfen. Angesichts der Schwäche des Justizsystems, Gewalt gegen Frauen zu ahnden, haben sie vereinzelt „Verhaftungen durch Bürger“ vorgenommen. Obwohl direkte Aktionen wie der Aufmarsch vor Polizeistationen mit Vergewaltigern im Schlepptau selten sind, machen sie doch das enorme Handlungspotential deutlich, das auf dieser Ebene existiert. Politische Ideologien in diesem Bereich stehen in einer maternalistischen Tradition im positiven Sinne. Ironischerweise entstehen hier die dynamischsten und kreativsten Formen kollektiver Solidarität, indem Frauen mit wenig Mitteln die Krisen des Alltags angehen. Dennoch verfügen Frauen auf der *Community*-Ebene oft nicht über die Zeit, das Wissen und die Ressourcen, um Entscheidungsträger zu konfrontieren. Und Frauen in anderen sozialen Bewegungen haben anscheinend bislang keine Gender-Analyse in die Konzeptionen ihrer Kämpfe einbezogen.

Diese drei Ebenen in der Frauenbewegung sollten sich idealiter zu einer starken, inklusiven und vielfältigen sozialen Bewegung zusammenfügen. In einem effektiv demokratisch funktionierenden Staat würden sie zusammenarbeiten, um sicherzu-

stellen, dass arme und verletzte Bevölkerungsgruppen zur Wahl gehen, dass es eine Rechenschaftspflicht für öffentliche Ausgaben gibt, dass verfassungsmäßig garantierte Werte von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit respektiert werden und dass sowohl der öffentliche als auch der private Bereich zunehmend nach demokratischen Regeln gestaltet wird. Das geschieht in Südafrika bislang nicht.

Im Folgenden untersuche ich die Ursachen dafür, indem ich die Kräfteverhältnisse zwischen inklusivem und transformatorischem Feminismus in den Blick nehme. Mein Argument ist, dass sich die sichtbarsten Formen von Geschlechterpolitik auf Repräsentation konzentriert haben, das heißt auf einen Gleichheitsfeminismus statt auf die politischen Ergebnisse. Die Herausforderung besteht darin, die notwendigen Synergien zwischen den verschiedenen Ebenen zu schaffen – eine schwierige Aufgabe, weil eine aktive feministische Komponente in den sozialen Bewegungen fehlt.

Beziehungen zwischen den Frauenbewegungen und andern sozialen Bewegungen

Im Post-Apartheid-Südafrika sind soziale Bewegungen im Begriff Zivilgesellschaft zusammengefasst und in einer binären Dichotomie als Gegenstück zum Staat konstruiert worden, zumindest formal unabhängig von politischen Parteien, explizit politisch und implizit demokratisch (McKinley 2004, White 1994). Diese binäre Dichotomie hat rhetorisch eine mobilisierende Absicht, ist jedoch aus feministischer Sicht problematisch. Denn weder der Staat noch die sozialen Bewegungen hatten eine eindeutig positive Einstellung gegenüber der Schaffung von Spielräumen für Frauen. Die Zuschreibung, dass soziale Bewegungen zutiefst demokratische und transformationsorientierte Arenen sind, ist eine Idealisierung, die von Feministinnen seit einiger Zeit kritisiert wird. Die Machtverhältnisse innerhalb sozialer Bewegungen sind verschleiert worden, und wer Stimme und Repräsentanz erlangt, bleibt oftmals unklar. Die neuen sozialen Bewegungen, die seit 1994 entstanden sind, beruhen vielfach auf der Mobilisierung von Frauen auf der Grundlage ihrer praktischen Bedürfnisse z.B. nach Strom, Land und Wohnraum, haben diese aber selten mit Themen wie der schlechten geschlechtlichen Arbeitsteilung verknüpft. Interne Spannungen aufgrund von Rasse und Geschlecht innerhalb der sozialen Bewegungen wurden selten direkt aufgegriffen. Wie Dawn Paley zeigt, sind mehr als die Hälfte der Aktivisten im Anti-Privatisierungs-Forum Frauen, „doch die Stimmen der Männer dominierten“. Sie fragt, „wie es kommt, dass schwarze Frauen die Mehrheit der Mitglieder in Bewegungen gegen neoliberale Politik stellen und doch in den Organisationen so marginalisiert sind“ (Paley 2004). Eine ihrer Informantinnen meinte geradeheraus, dass Frauen benutzt würden. Ich habe ähnliche Kommentare gehört in Be-

zug auf andere Organisationen – Frauen seien wie in der UDF die Fußsoldaten, während die Männer die Rolle der Generäle übernahmen.

Das bedeutet nicht, dass Frauen soziale Bewegungen als Handlungsräume meiden sollten. Es gibt eine lange Tradition, dass sich Frauen im Bündnis mit anderen progressiven politischen Kräften organisieren, und strategisch ist viel zu gewinnen, wenn Kämpfe gegen Klassen- und Rassenunterdrückung mit denen gegen geschlechtsspezifische Unterdrückung verknüpft werden. Doch muss festgehalten werden, dass soziale Bewegungen in Südafrika zutiefst vergeschlechtlicht und ungleich und bislang in ihrer Praxis und ihrer Vision von Transformation wenig inklusiv sind, weil sie männliche soziale und kulturelle Macht nicht hinterfragen.

Die Frauenbewegung und der demokratische Staat: Neue Herausforderungen, neue Beziehungen

Ähnlich verquer wie die Beziehungen der Frauenbewegung zu anderen progressiven sozialen Bewegung war auch ihre Beziehung zum Staat. Die Zeit der Übergangsregierung, die zu den ersten nationalen Wahlen führte, und die ersten zwei Jahre der Regierung waren eine Zeit voller Optimismus für Südafrika. Viele zivilgesellschaftliche Kräfte erwarteten, dass der demokratische Staat den Willen und die Möglichkeiten hätte, das Wahlprogramm des ANC, das *Reconstruction and Development Programme*, umzusetzen und im Interesse von Frauen und ärmeren Bevölkerungsgruppen zu handeln. Auf Seiten der Frauenbewegung wurde dieser Optimismus durch die Offenheit des ANC für Geschlechterfragen genährt. Viele Aktivistinnen, die Aufgaben im Staat übernahmen, betrachteten ihre neuen Rollen als eine Ausdehnung ihres Aktivismus in einem neuen Handlungsfeld und nicht als Abkehr von der Frauenbewegung. Viele beschrieben ihr neue Beziehung als Partnerschaft oder Synergie. So erklärte die frühere ANC-Parlamentarierin Pregs Govender (2004): „In den ersten Jahren hatten viele von uns im ANC sehr klare Vorstellungen über unser Mandat und unsere Prioritäten, die sich im Budget niederschlagen sollten. Es war der richtige Zeitpunkt, um die Interessen armer Frauen einzubringen.“ Thenjiwe Mtintso sprach sich nachdrücklich für die Anwesenheit von Frauen in Parlament und Staat aus:

„Frauen müssen die sozial konstruierte Trennung zwischen dem privaten und dem öffentlichen Bereich unterlaufen. Die Parlamentsarbeit ist eine der Möglichkeiten, um das Private politisch werden zu lassen. Konsistente und bewusste Bemühungen sind notwendig, um Frauen- und Genderinteressen einen zentralen Platz in Entscheidungsgremien wie dem Parlament zu verschaffen“ (Mtintso 2003: 577).

Auch für den demokratischen Staat blieb die Zivilgesellschaft wichtig, wenn auch in neuer Gestalt als der dritte Partner in der Entwicklung der Triade von Staat,

Markt und Gesellschaft (Greenstein 2003). Der ANC beansprucht, der legitimste Vertreter der Interessen der armen Bevölkerung zu sein, und setzte den Staat als den Bereich der Demokratie gegen die sozialen Bewegungen als Mobilisierungsbereich. Aus dieser Sicht der Beziehungen von Staat und sozialen Bewegungen werden jene Teile der Zivilgesellschaft, die mit dem Staat kooperieren, als demokratisch wirksam betrachtet, während diejenigen, die den Staat kritisieren, Demokratie auszuhöhlen drohen.

Reformen in den Mechanismen des Regierens verstärkten diese Auffassung der Rolle der Zivilgesellschaft als Entwicklungspartner. Die neue demokratische Regierung veränderte den Charakter des öffentlichen Entscheidungsprozesses dahingehend, dass sie eine starke öffentliche Beteiligung und Beratung zuließ, vor allem auch von Frauen als einer besonderen Interessengruppe. Diese *Governance*-Reformen waren auch dadurch motiviert, dass die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle im Entwicklungsprozess zu spielen hat, sowohl bei der Bereitstellung von Dienstleistungen, wo die staatlichen Möglichkeiten infolge der Apartheid begrenzt waren, als auch bei der Aufgabe, die Rechenschaftspflicht der Regierung zwischen den Wahlen sicherzustellen. Parlamentskomitees, die eine Aufsichtspflicht gegenüber Verwaltungsabteilungen haben, halten regelmäßig öffentliche Anhörungen zu besonderen Aspekten der Verwaltung ab. Das Parlament selbst tagt jederzeit öffentlich. Für Frauenorganisationen wurden Möglichkeiten geschaffen, politische Maßnahmen zu diskutieren und bereits in frühen Phasen der Politikformulierung auf ihre Geschlechtersensibilität zu überprüfen.

Zweifellos haben Frauen in vieler Hinsicht von den neuen institutionellen und prozeduralen Arrangements im Staat profitiert. Frauen werden als Ziel- und Wählergruppe mit besonderen Interessen, die die Politik berücksichtigen muss, behandelt. Die nationalen Gender-Institutionen wurden so angelegt, dass sie eine Brücke zwischen verschiedenen Sektoren des Staats sowie zwischen Staat und Gesellschaft darstellen. In formaler Hinsicht wurde der Staat durchlässiger gemacht für den Einfluss der organisierten Vertretungen von Frauen. In der Praxis sind die südafrikanischen Institutionen jedoch, wie überall in der Welt, von der Elite bestimmt, finanziell unzureichend ausgestattet und in hohem Maße von ausländischen Gebern abhängig. Expertise zum *Gender Mainstreaming* ist innerhalb des Staates gering. Folglich beschränken sich die Fortschritte in Bezug auf Gleichstellung auf jene Bereiche, in denen die Politik Frauen direkt als Zielgruppe anspricht, z.B. Schwangerschaftsabbruch und Gesundheit von Müttern, während es sehr viel schwieriger war in Bereichen wie dem traditionellen Recht und in Landfragen, in denen die Geschlechterbeziehungen adressiert werden müssen (Albertyn & Hassim 2003; Hassim 2004).

Die Integration von Frauen in die formalen Institutionen des Staates und die Integration des Begriffs der Geschlechtergleichheit in Politikdokumenten hat nicht

zur Umverteilung von Ressourcen und Macht in einem Ausmaß beigetragen, dass die Strukturen, auf denen Frauenunterdrückung beruht, verändert worden wären. Inklusion fungierte eher als Türöffner für den Zugang von Elite-Frauen zum formalen politischen System, hat sich aber noch nicht in eine Politik übersetzt, die die Bedürfnisse armer Frauen aufgreift. Die Ursachen dafür sind kompliziert und haben ihre Wurzeln zum Teil in der angespannten Beziehung zwischen Feminismus und der nationalistischen Bewegung, zum Teil in der elitären Schlagseite des demokratischen Modells, das während der Übergangszeit geschaffen wurde. Schlüsselakteure im Staat und in der Frauenbewegung blieben skeptisch gegenüber den Intentionen der überwiegend weißen Mittelklasse-Feministinnen. Zudem zielten sie zu Recht darauf, eine weit größere Vielfalt von Meinungen bei der Festlegung von politischen Zielen zuzulassen. Diese Zielkombination führte dazu, dass erfahrene feministische Aktivistinnen oft übergangen wurden, wenn es darum ging, arme Frauen in den *Communities* zu erreichen. Wie oben gesagt, haben die Frauenorganisationen auf dieser Ebene jedoch den geringsten Mobilisierungsgrad und sind höchstwahrscheinlich durch Ansätze dominiert, die einen maternalistischen Deutungsrahmen für die Anerkennung von Geschlecht betonen. In ihrer Studie für die *Commission on Gender Equality* zeigt Gay Seidman, wie eine *Pro-Poor*-Rhetorik transformatorische Ziele verdrängt:

„Während der ersten fünf Jahre der demokratischen Erfahrung in Südafrika schienen Gender-Politiker so sehr darum bemüht, die Anliegen armer Frauen zu vertreten, dass sie offenbar die Möglichkeiten unterliefen, bereits mobilisierte Feministinnen an allen politischen Diskussion partizipieren zu lassen – und damit möglicherweise das Risiko, dass die Demokratisierung die Beziehungen zwischen Frauengruppen an der Basis und den professionellen Feministinnen in den neuen staatlichen Institutionen untergraben könnten, durch ein anderes Problem ersetzen. Jetzt sieht es so aus, als ob die Bevorzugung von Basis- und populären Gender-Anliegen die Fähigkeit des Staates aushebele, kontroverse und kompliziertere feministische Fragen aufzugreifen“ (Seidman 2003: 560).

Wo Feministinnen Erfahrungen hatten, die nicht einfach übergangen werden konnten, z.B. feministische Anwältinnen, oder wo Frauen-*Advocacy*-Gruppen politisch gut vernetzt waren und von schwarzen Frauen betrieben wurden wie das *Gender Advocacy Programme*, führte die Offenheit des Staates zu Fortschritten für Frauen. Innerhalb der Grenzen, die Bürokraten durch ihre Bezugsrahmen setzten³, konnten Feministinnen dauerhafte, langfristige Erfolge bei der Einbettung von Geschlechtergleichheit in übergreifende politische Programme erreichen und sicherstellen, dass in vielen Fällen die Gesetzgebung – wie beim *Employment Equity Act* und der Rahmengesetzgebung für lokale Verwaltung – Geschlechtergleichheit als Kriterium festlegte. Catherine Albertyn schreibt, dass „im Jahr 2000 Frauen in Südafrika eine außergewöhnliche politische und rechtliche Gleichheit

in Form politischer Beteiligung und verankerter menschlicher und gesetzlicher Rechte genossen“ (2003: 604).

Trotz dieser formalen Erfolge haben politische Unschlüssigkeit, knappe Ressourcen, infrastrukturelle Schwächen und Unzulänglichkeiten der Bürokratie gemeinsam bewirkt, dass die Wirkungen der staatlichen *Pro-Poor*-Politik beschränkt waren. Das schafft Spannungen für jene Feministinnen, die in der Hoffnung in die Regierungsarbeit gegangen waren, dies sei ein geeigneter Ort für strategische Intervention. Wie die frühere ANC-Parlamentarierin und Vorsitzende der *Commission on Gender Equality*, Thenjiwe Mtintso, sagt, „wenn ich die ANC-Basis besuchte, fühlte ich mich schuldig wegen meiner privilegierten Position und wegen meiner Behauptung, ich würde ihre Interessen als Frauen vertreten. Ich habe mit meinem Feminismus gerungen und mir die Frage gestellt, inwieweit er die dringenden Bedürfnisse armer Frauen artikuliert“ (Mtintso 2003: 573). Für Pregs Govender, ANC-Parlamentarierin und Vorsitzende des äußerst wirkungsvollen *Joint Committee on Women* wurden die Spannungen zwischen den Beschränkungen durch Staat und Partei und ihrer Vision einer Transformation unerträglich und sie verzichtete 2002 auf ihren Parlamentssitz.

Trotz dieser Spannung gab es dennoch viele Verbesserungen durch die Integrationsstrategie. Diese Form des Feminismus versuchte, die bestehenden ungerechten Gesetze und politischen Maßnahmen zu ändern und die Vorstellung von Gleichheit in den neuen Rahmenbedingungen zu verankern. Dieser Fokus entstand durch eine kritische Masse von Frauen im neuen Parlament genau zu dem Zeitpunkt, als die Gesetzgebung umfassend reformiert wurde, um die rassistischen Gesetze zu beseitigen. Doch die Betonung des Gleichheitsfeminismus bei der Interaktion mit dem Staat hatte drei wichtige unbeabsichtigte und unvorhergesehene Auswirkungen auf die Frauenbewegung.

1) Die Auswirkungen der Institutionalisierung von Interessen auf die Politik der Interessenartikulation: Die Schaffung einer Reihe spezialisierter Institutionen für die Berücksichtigung von Gender verschiebt die Probleme von Geschlechterungleichheit aus dem Bereich der Politik in die Sphäre technischer Verfahren von Politik. Wie Banaszak, Beckwith und Rucht (2003) gezeigt haben, wird dies weltweit zunehmend zum Problem in nationalen Verwaltungen: „Frauenbewegungen sind durch ein zunehmend entpolitisiertes und abgehobenes Set politischer Einflussorganisationen auf nationaler Ebene vertreten... Die Verlagerung von Verantwortung auf nicht-gewählte staatliche Körperschaften kann den Einfluss sozialer Bewegungen verringern“ (2003: 6). In der Administration werden Themen wie Geschlechtergleichheit zu Gefangenen in institutionellen Hierarchien und systembedingten Blockaden, die von außerhalb der Bürokratie schwer zu knacken sind.

2) Eine weitere Konsequenz der vorrangigen Orientierung auf eine Reform des Staates ist, dass nur wenige Frauenorganisationen Fragen kultureller Normen und

Alltagspraxis behandeln, die die Umsetzung und die Auswirkungen legislativer Reformen begrenzen kann. Schließlich hatten die meisten Aktivistinnen, die im Staatsapparat arbeiten, gehofft, dass öffentliche Ressourcen in einer konzertierten Aktion umgeleitet würden zur Verringerung der massiven Ungleichheiten, die eine Hypothek der Apartheid-Zeit waren. Stattdessen blieben Maßnahmen gegen die Armut meistens wirkungslos. Während Quoten für Frauen in staatlichen Initiativen wie dem *Community Based Public Works Programme* festgeschrieben wurden, bleiben die rassistischen und geschlechtsspezifischen Vorurteile in der Ökonomie intakt. Schwarze Frauen sind häufiger arbeitslos, werden schlechter bezahlt als Männer und führen unbezahlte Arbeiten aus (Seidman-Makgetla 2004).

Der bemerkenswerteste Versuch, den Staat außerhalb des gleichheitsfeministischen Ansatzes politischer und bürgerliche Rechte in die Pflicht zu nehmen, war die *Women's Budget Initiative*, die die geschlechtsspezifischen Wirkungen öffentlicher Ausgaben zu erfassen versuchte. Das Projekt hatte reale Chancen, grundlegende Fragen zu den staatlichen Ausgabenprioritäten zu stellen und die Formen zu beleuchten, in denen Frauen von bestimmten politischen Herangehensweisen profitierten (oder auch nicht). Doch schon nach wenigen Jahren stufte das Finanzministerium, das anfangs die *Women's Budget Initiative* unterstützt hatte, das Projekt herunter und inzwischen ist es auf nationaler Ebene so gut wie tot.

Diese Ausführungen sollten nicht dahingehend verstanden werden, dass das Engagement im Staat eine falsche Strategie für die Frauenbewegung war oder dass Allianzen mit politischen Parteien zwangsläufig in die Kooptation führen. Doch was überlegt werden sollte ist, *wie* der Bezug auf den Staat erfolgen soll, welche Art von rechtlichen und institutionellen Reformen vorangetrieben werden sollten und wie eine Frauenbewegung geschaffen werden kann, die ausreichend Rücken- deckung geben kann, um ein kritische Engagement mit dem Staat zu unterstützen. Armen Frauen in Südafrika wäre ohne Frage besser gedient mit einem starken Staat, der die infrastrukturellen Kapazitäten hat, um eine wirksame Grundversorgung zu leisten. Die Beseitigung informeller Ungleichheiten ist ebenso wichtig, weil sie das normative und befähigende Umfeld schafft, in dem der Anspruch von Frauen auf volle Bürgerschaftlichkeit (*Citizenship*) vorangetrieben werden kann. Doch beschränkt sich die Frauenbewegung selbst, wenn sie die Integration in den Staat in kleinen Schritten und entpolitisiert betreibt und die Einbindung von Frauen in bestehende politische Rahmenbedingungen sucht, ohne zu hinterfragen, ob die politische Richtung für arme Frauen stimmt oder wie neue Bereiche in der Politik oder Gesetzgebung auf die Tagesordnung gesetzt werden können. So weist z.B. Seidman-Makgetla auf die Grenzen von Gesetzesreformen für die Beseitigung wirtschaftlicher Ungleichheiten hin. Sie argumentiert, dass „die Gesetze zu Gleichheit ... nicht direkt den wirtschaftlichen Kontext für die Arbeitslosigkeit von Frauen und ihren fehlenden Zugang zu ökonomischen Ressourcen adressieren. Genau so wenig be-

zogen sie sich auf andauernde Ungleichheiten im Privaten, in *Communities* und Schulen“. Was ihrer Auffassung nach notwendig ist, sind strukturelle Transformationen „anstelle lediglich einer besseren Durchsetzung von Antidiskriminierungs-Maßnahmen“ (Seidman-Makgetla 2004: 1).

Veränderungen des Ungleichgewichts von sozialer und wirtschaftlicher Macht erfordern nicht nur eine höhere Repräsentation von Frauen im Staat, sondern auch eine höhere und selbstbewusste Repräsentation von *armen* Frauen im Staat. Es ist erforderlich, dass diejenigen, die an die Macht gewählt werden, eine Politik der Umverteilung verfolgen und dass eine lebendige soziale Bewegung die Verantwortlichkeit gegenüber den Interessen marginaler und vulnerabler Gruppen sicherstellt. Wirkliche Interessenartikulation – anstelle schlichter Repräsentation von Gruppen – und Verantwortlichkeit erfordern eine andere Form sozialer Bewegung von Frauen. Die Reduktion der Frauenbewegung auf einen ‘Entwicklungspartner’ hat langfristige Kosten für die Demokratie, weil sie die Fähigkeiten der Bewegung verringert, die zugrunde liegenden Normen und Werte von politischen Richtungen wie auch von anderen sozialen Bewegungen und in der Zivilgesellschaft insgesamt zu diskutieren. Kulturelle Ungleichheiten können nur teilweise durch stärker gleichheits- und geschlechtersensible Politik beseitigt werden; sie reflektieren oftmals Machtbeziehungen, die durch staatliche Aktivitäten nicht „therapiert“ werden können. Stattdessen machen sie es notwendig, dass staatliche Politik ergänzt wird durch eine lebendige Debatte im öffentlichen Bereich über den Charakter der Gesellschaft. Sie erfordern einen Typus sozialer Bewegung, der nicht nur vereinzelte Interventionen in die politischen und gesetzgeberischen Prozesse des Staates machen will, sondern sich bei der Normsetzung auf breiter Ebene engagiert. In strategischer Hinsicht erfordert das auch eine Bewegung, die geeignete Bündnisse schließt und die Normen und Verfahren der Bündnispartner zu beeinflussen sucht, seien dies politische Parteien oder soziale Bewegungen.

Fazit

Die südafrikanische Frauenbewegung erfüllt die Kriterien einer starken Bewegung, wie sie eingangs beschrieben wurden, nicht annähernd. Obwohl es bemerkenswert ist, in welchem Ausmaß in Südafrika die kollektiven Aktionen von Frauen in verfassungsmäßiger Geschlechtergleichheit oder der Neugestaltung staatlicher Institutionen resultierte, zeigt sich auch, dass die Frauenbewegung gegenwärtig zu schwach ist, um sicherzustellen, dass diese Versprechen eingehalten und zur Beseitigung von Geschlechterungleichheiten führen werden. Das Verständnis, dass Rasse, Klasse und Geschlecht miteinander verknüpfte Formen der Unterdrückung sind, hat strategische Allianzen mit anderen, mächtigeren politischen Bewegungen wie dem ANC und der UDF gefördert. Während das einerseits ein Vorteil war, weil es

Gender-Aktivistinnen Zugang zu den höchsten Ebenen politischer Macht verschaffte, beschränkte es andererseits die Frauenbewegung darin, unabhängige Zielsetzungen und Strategien zu entwickeln. Seit den 1990er Jahren hat sich diese Beschränkung in eine Bewegung übersetzt, die durch eine Politik der Inklusion ausgerichtet auf politische Eliten – zunächst außerhalb und dann innerhalb des Staates – dominiert wird. Angesichts einer schwachen Bewegung und ohne klare und kohärente Führung hat diese Integrationspolitik dazu geführt, jene Formen der Politik zu vernachlässigen oder sogar zu marginalisieren, die auf eine grundlegendere Transformation von Machtverhältnissen zwischen den Geschlechtern in der Ökonomie und der Gesellschaft abzielen. Die Führung der Frauenbewegung neigte dazu, mit einer engen Auffassung des ‘Politischen’ zu operieren, konzentriert auf die öffentliche Sphäre des Staates, während die Bereiche der Wirtschaft und der Gesellschaft weitgehend ausgeblendet wurden. Während die Beteiligung an der nationalen Befreiungsbewegung ein Katalysator für das politische Engagement von Frauen war, wurde das kollektive Handeln von Frauen kaum für den Aufbau einer starken Massenbewegung von Frauen genutzt. Das hatte Konsequenzen in der Post-Apartheid-Zeit, als die Betonung der Inklusion in den demokratischen Staat eine eliteorientierte Führung innerhalb der Bewegung entstehen ließ. Wirtschaftliche Umstrukturierung und soziale Krisen, am deutlichsten HIV/AIDS, haben paradoxerweise Spielräume für neue Politikformen innerhalb von *Communities* geschaffen. Doch diese lokalen Aktionsformen wurden nicht effektiv mit einem feministischen politischen Projekt verbunden. Infolgedessen konnten sich synergetische Beziehungen zwischen inklusitorischen und transformatorischen Ansätzen von Geschlechterpolitik nicht entwickeln, wie sie von der *Women’s National Coalition* entworfen und in der *Women’s Charter for Effective Equality* formuliert wurden. Während im ersten Jahrzehnt der Demokratie die Grundlage für progressive politische Rahmenbedingungen und befähigende Gesetzgebung in einer Reihe von Bereichen gelegt wurde, werden die weiteren Jahre zeigen müssen, ob die Frauenbewegung sicherstellen kann, dass ihre Umsetzung den Bedürfnissen armer Frauen gerecht wird.

Autorisierte Übersetzung aus dem Englischen: Christa Wichterich & Uwe Hoering

Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag basiert auf der Forschung für mein Buch „Women’s Organizations and Democracy in South Africa: Contesting Authority“ (University of Wisconsin Press, 2006), in das auch meine aktive Beteiligung an der südafrikanischen Frauenbewegung über zwei Jahrzehnte hinweg eingegangen ist. Zusätzlich zu eigenen Mitschriften von zahlreichen Gender-Konferenzen in Südafrika, bei denen ich mehrfach auch Koordinatorin und/oder Diskussionsleiterin war, habe ich mit etwa vierzig Frauen aus verschiedenen Frauenorganisationen und Gewerkschaften

- Interviews geführt. Eine frühere Version dieses Artikels ist erschienen in: *Voices of Protest*, hg. v. Adam Habib, Richard Ballard und Imraan Valodia, University of KwaZulu Natal Press, 2006.
- 2 In der Region Natal z.B. begannen politische Gegner wie die *Natal Organisation of Women* und die *Inkatha Women's Brigade* in der *Southern Natal Women's Charter Alliance* zusammenzuarbeiten.
 - 3 Ein Beispiel dafür sind die eng begrenzten Haushaltsmittel für Zuschüsse für die Unterstützung von Kindern, durch die der Spielraum für die Mitglieder des Lund-Komitees, darunter eine Reihe prominente Feministinnen, eingeschränkt wurde (Hassim 2003).

Literatur

- Albertyn, C. (2003): „Contesting Democracy: HIV/AIDS and the Achievement of Gender Equality in South Africa“. In: *Feminist Studies* 29 (3), S. 595-615.
- Albertyn, C.; Hassim, S. (2003): „The Boundaries of Democracy: Gender, HIV and Culture“. In: Everatt, D.; Maphai, V. (Hg.): *The Real State of the Nation: South Africa after 1990*. Johannesburg, S. 137-164.
- Baldez, L. (2002): *Why Women Protest: Women's Movements in Chile*. Cambridge.
- Banaszak, L.A.; Beckwith, K.; Rucht, D. (Hg.). (2003): *Women's Movements Facing the Reconfigured State*. Cambridge.
- Basu, A. (Hg.) (1995): *The Challenge of Local feminisms. Women's Movements in Global Perspective*. Colorado.
- Fester, G. (1997): „Women's Organisations in the Western Cape: Vehicles for Gender Struggle or Instruments of Subordination?“. In: *Agenda* 34, S. 45-61.
- Govender, P. (2004): *The Power of Love and Courage*. Ruth First Memorial Lecture, April. University of the Witwatersrand.
- Greenstein, R. (2003): *State, Civil Society and the Reconfiguration of Power in Post-Apartheid South Africa*. Occasional paper, Centre for Civil Society, University of Natal, Durban.
- Hassim, S. (2003): „The Gender Pact and Democratic Consolidation: Institutionalising Gender Equality in the South African State“. In: *Feminist Studies* 29 (3), S. 505-528.
- Hassim, S. (2004): „A Virtuous Circle of Representation? Gender Equality in South Africa“. In: Daniel, J.; Lutchman, J.; Southall, R. (Hg.): *The State of the Nation 2004*, Pretoria, S. 336-362.
- McKinley, D. (2004): „The Rise of Social Movements in South Africa“. In: *Debate: Voices from the South African Left*, Mai, S. 17-21.
- Mtintso, T. (2003): „Representivity: False Sisterhood or Universal Women's Interests? The South African Experience“. In: *Feminist Studies* 29 (3), S. 569-580.
- Mohanty, C.T. (1991): „Under Western Eyes“. In: Mohanty, C.T.; Russo, A.; Torres, L. (Hg.): *Third World Women and the Politics of Feminism*. Bloomington, Indiana, S. 51-80.
- Molyneux, M. (1985): „Mobilization without Emancipation? Women's Interests, the State and Revolution in Nicaragua“. In: *Feminist Studies* 11, S. 227-254.
- Molneux, M. (1998): „Analysing Women's Movements“. In: *Development and Change* 29 (1), S. 219-245.
- Paley, D. (2004): *Women Pushed aside as Men Seek Power*. http://www.rabble.ca/news_full_story.shtml?sh_itm=ffb1c4f6b829dadc85d2574ef99de8e7&r=1.
- Phillips, A. (1995): *The Politics of Presence*. London.
- Sachs, M. (2004): „The Poor Believe in the Poll“. In: *Mail and Guardian*, 21.-28. Mai.
- Seidman, G. (2003): „Institutional Dilemmas: Representation versus Mobilisation in the South African Gender Commission“. In: *Feminist Studies* 29 (3), S. 541-563.
- Seidman-Makgetla, N. (2004): *Women and the Economy*. Paper prepared for the Genderstats project. <http://www.genderstats.org.za/documents/WomenandEconomy.pdf>.

- Swilling, M.; Russell, B. (2002): *The Size and Scope of the Non-Profit Sector in South Africa*. Durban/Johannesburg: Centre for Civil Society, University of Natal, and Graduate School of Public Development Management, University of the Witwatersrand.
- White, G. (1994): „Civil Society, Democratization and Development: Clearing the Analytical Ground“. In: *Democratization* 1 (3), S. 101-126.

Anschrift der Autorin:

Shireen Hassim

hassims@social.wits.ac.za

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Steffi Hobuß/Ulrich Lölke (Hrsg.)
Erinnern verhandeln

Kolonialismus im kollektiven Gedächtnis
Afrikas und Europas
2. erweiterte Auflage 2007 - 272 S. - € 24,90
ISBN 978-3-89691-643-3

Hafenweg 26a/ D-48155 Münster
Tel.: 0251 3900480 / Fax: - 39004850
info@dampfboot-verlag.de/ www.dampfboot-verlag.de

